

In memoriam

Prof. Dr. Wolfgang Kersting

(1946–2025)

Der Weg von Wolfgang Kersting in die Philosophie verlief auf Umwegen. Ursprünglich wollte er, 1946 in Osnabrück geboren, Theaterwissenschaften studieren und, wie er selbst einmal bemerkte, »für den Rest des Lebens Shakespeare inszenieren«. Stattdessen schrieb er sich Ende der 1960er Jahre in Göttingen für das Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie ein, beschäftigte sich mit dem Marxismus und Linkshegelianismus und nahm an den damals üblichen Sitins und Protestaktionen teil. Seine anfängliche Leidenschaft für die Philosophie führt Kersting weniger auf Inhalte, als auf die Philosophie als Lebensform zurück, die Raum für Distanz und Reflexion lässt, zugleich aber auf die gesellschaftliche Praxis einwirkt.

Diese »lebensformierende Wirkung« hat ihn dazu gebracht, anstelle der Germanistik die Philosophie in den Mittelpunkt des Studiums zu stellen, das er 1974 mit einer Promotion über Hegels Ethik abschloss. Im Anschluss daran forschte und lehrte Kersting an der Universität Hannover, wo er sich 1982 mit der Arbeit *Wohlgeordnete Freiheit. Immanuel Kants Rechts- und Staatsphilosophie* habilitierte. Nach weiteren Stationen an den Universitäten Marburg, Göttingen, Lüneburg und München wurde Kersting 1993 auf den Lehrstuhl für Praktische Philosophie an der Universität Kiel berufen, den er bis 2011 innehatte.

Wohlgeordnete Freiheit

Kersting hat eine Reihe einschlägiger Einführungen zu Platon, Machiavelli, Hobbes und Rousseau verfasst. Den Hauptstrang seiner Arbeiten bildet jedoch seine anfänglich durch Rawls geprägte, dann zunehmend egalitarismuskritische *Verteidigung des Liberalismus*, wie ein späterer Buchtitel von 2009 lautet. Schon in seiner 1984 publizierten Habilitationsschrift *Wohlgeordnete Freiheit* hatte Kersting gezeigt, dass die Grundlage liberaler Gesellschaften vor allem in der Selbstgesetzgebung der menschlichen Vernunft besteht, die durch rationale Willensbeschlüsse allgemein gültige Regeln des Zusammenlebens hervorbringt. In liberalen Gesellschaften hat nur das universellen Bestand, was sich ohne Rückgriff auf Tradition oder Religion, Kultur oder ethnische Herkunft vor dem Gerichtshof der Vernunft rechtfertigen lässt. Dieser normative Minimalismus ist ein höchst effektives Verfahrensprinzip, das zur rechts- und sozialstaatlichen Ausgestaltung liberaler Ge-



← **Abb. 1.** Prof. Dr. Wolfgang Kersting (1946–2025). Foto: privat.

sellschaften führt. Es ist, wie Kersting immer wieder betont hat, ein Irrtum zu meinen, dass dabei individuelles Glück, religiöser Glaube oder kulturelle Vielfalt keine Berücksichtigung finden. Die neutrale Ausrichtung des Liberalismus gewährleistet vielmehr erst den Pluralismus von Lebensformen, die sich nur im Schutz der freiheitlichen Grundordnung entfalten können.

Kersting setzte sich auch mit der *Politischen Philosophie des Gesellschaftsvertrags* (1994) auseinander und wies dabei vor allem auf die außerververtraglichen Voraussetzungen des neuzeitlichen Kontraktualismus hin. Moderne Gesellschaften sind in erheblich größerem Maß auf moralische Selbstbindungen, demokratische Beteiligung und rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen, als die Vertreter einer interessegeleiteten Herleitung sozialer Institutionen meinen. Vertragliche Arrangements, mit denen von Durkheim über Nozick bis Buchanan gesellschaftliche Ordnungen begründet wurden, bilden zwar probate Legitimationsverfahren, sie leben aber von Prämissen und Ressourcen, die der Vertrag selbst nicht garantieren kann.

Recht, Gerechtigkeit und demokratische Tugend

Die Position, dass es eine Art Vorwelt der Gesellschaft gebe, die nicht in ihren Verfahren der gemeinsamen Willensbildung aufgehe, führte Kersting dazu, sich in den 1990er Jahren mit der damals aktuellen Debatte zwischen Kommunitarismus und Liberalismus zu befassen. Der Band *Recht, Gerechtigkeit und demokratische Tugend* (1997) versammelt dazu die wichtigsten Beiträge, deren Themen von der Verbindlichkeit des Rechts und Fragen der Verteilungsgerechtigkeit über gesundheits- und wirtschaftsethische Probleme bis zur Kritik am Verfassungspatriotismus reichen. Demokratische Gesellschaften sind nach Kersting pluralistische Gesellschaften, in denen partikulare Zugehörigkeiten mit universalistischen Orientierungen in eine Balance gebracht werden müssten, die es immer wieder neu herzustellen gelte. Von daher seien Konfliktfähigkeit, Kontingenzbewusstsein und Gelassenheit

genauso unverzichtbare Elemente des Liberalismus wie Vorstellungen des guten Lebens oder patriotischer Gemeinsinn.

Um die liberalen Kerngehalte vor Bedrohungen und Angriffen zu schützen, seien nicht nur republikanische Tugenden notwendig, sondern auch staatliche Verteidigungsfähigkeit und machtbewehrte Institutionen. In dem Band *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen* (1998) argumentierte Kersting gegen die Utopie des globalen Pazifismus dafür, dass zwischenstaatliche Kooperationen ausgebaut, supranationale Einrichtungen gestärkt und Menschenrechtsverletzungen notfalls mit Zwangsmaßnahmen geahndet werden sollten, die militärische Interventionen nicht ausschließen, wenn Sicherheit und Freiheit bedroht sind.

Kritik des Egalitarismus

In den *Theorien der sozialen Gerechtigkeit* (2000) setzte Kersting sich mit den Grenzen des modernen Wohlfahrtsstaats auseinander und entwickelte seine pointierte, aber auch umstrittene Kritik am Egalitarismus. Aus der Sicht Kerstings misslinge die egalitäre Korrektur gesellschaftlicher Ungleichverteilungen durch den Wohlfahrtsstaat, weil sie auf falschen anthropologischen und ontologischen Annahmen beruhe. Menschen würden Verantwortung für ihr Handeln, aber nicht für ihre natürlichen und gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen tragen. Was jemand durch Geburt oder soziale Lage geworden ist, entziehe sich der Logik der Anrechenbarkeit. Es gebe deshalb keinen menschenrechtlichen Anspruch darauf, materiale Ungleichheit auszugleichen. Der Sozialstaat sei kein egalitäres, sondern ein moralisches Projekt. Seine Aufgabe bestehe darin, für eine angemessene Grundausstattung zu sorgen, die den Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben ermögliche.

Praktisch heißt dies: Hilfeleistungen in unverschuldeten Notlagen, Einrichtung eines differenzierten Erziehungs- und Ausbildungssystems, leistungsorientierte Förderung, flexible Lohn- und Tarifgestaltung. Vor allem in der Sicherung von Arbeitsplätzen sah Kersting den gebotenen Weg, um von einer wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsmentalität zur eigenverantwortlichen Lebensführung zu gelangen.

In dem Band *Politische Philosophie des Sozialstaats* (2000) vertiefte Kersting seine Kritik am Wohlfahrtsstaat, der für ihn kein Gebot der egalitären Gerechtigkeit, sondern der politischen Solidarität bildete. Mit seiner These, dass die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates nicht darin bestehe, für einen Ausgleich ungleich verteilter Begabungen und Vermögen zu sorgen, sondern den freien Zugang zu Ressourcen, Gütern und Positionen zu gewährleisten, provozierte er den Vorwurf der neoliberalen Markthörigkeit und sozialen Rücksichtslosigkeit.

Dabei ist nach Kersting das Gegenteil der Fall. Der Umgang mit Risiken und existenziellen Härten sei das Lernpensum, das die moderne Gesellschaft dem Menschen aufbürde. Die sozialstaatliche Hilfe zur Selbsthilfe solle die Bürgerinnen und Bürger nicht disziplinieren, sondern

erziehen. Die Unterstützung in Notlagen leiste aus der Sicht Kerstings einen aufklärerischen Beitrag, indem sie dem Menschen den Weg aus der selbstverschuldeten Untätigkeit in die gesellschaftliche Mündigkeit zeige.

Pluralismus und Anthropologie

In den Büchern *Politik und Recht* (2000) und *Kritik der Gleichheit* (2002) hat Kersting den Weg einer moralisch-politischen Erneuerung des Liberalismus fortgesetzt. Dazu brauche der Liberalismus vor allem zwei Dinge: einen normativen Pluralismus, der den Blick auf das Universelle mit der Aufmerksamkeit für das Partikulare verbinde; und eine politische Anthropologie, die den Menschen als soziales Individuum behandle, das seine Lebenspläne mit der Verfassung der Gesellschaft in Einklang bringe.

Für Kersting ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines transparenten Baus des Liberalismus, der offen für globale kulturelle Einflüsse, aber zugleich stabil genug sei, um Attacken auf seine Grundmauern abzuwehren. Liberale Gesellschaften seien polyzentrisch organisiert und multiperspektivisch verfasst. Sie müssen Veränderungen zulassen, Fremden Raum gewähren und Einwänden Platz machen. Für das halbwegs geordnete Zusammenleben müsse deshalb die »gleichheitsorientierte Moral des Wegsehens«, wie Kersting sie nennt, durch eine »ungleichheitsorientierte Ethik des Hinsehens« ergänzt werden.

Je funktionaler moderne Gesellschaften gestaltet seien, umso wichtiger würden Verpflichtungen und Wertschätzungen, Konventionen und Routinen. Komplexe Prozesse erforderten nicht noch mehr Komplexität, sondern die Organisation von Verlässlichkeit und Zurechenbarkeit. Hierfür würden liberale Tugenden benötigt, die dafür sorgen, dass die Gesellschaftsmitglieder sich mit Toleranz begegnen und ein demokratisches Engagement für gemeinsame Aufgaben entwickeln, das aus der freiheitlichen Verfassung alleine nicht hervorgehe.

Recht, Moral und Ungewissheit

In *Kant und das Recht* (2004) hat sich Kersting mit dem Verhältnis von Rechtspflichten und Tugendpflichten befasst, die in der Regel einander gegenübergestellt werden: Rechtspflichten würden negative Unterlassungsgebote bilden, durch die vorgeschrieben werde, was jemand nicht tun dürfe. Im Unterschied dazu seien Tugendpflichten positive Handlungsgebote, die vorgeben, was jemand tun solle. Während Rechtspflichten relativ genau zeigen, wie sie zu befolgen seien, würden sich Tugendpflichten wie Toleranz oder Großzügigkeit nicht ohne weiteres entnehmen lassen, wie sie umzusetzen seien. Dies bedeute nicht, dass Tugendpflichten weniger verbindlich seien als Rechtspflichten. Die Differenz zwischen dem Recht

und der Moral sei vielmehr epistemologischer Art, sie unterschieden sich nach Kersting vor allem durch ihren »Informationsgehalt«. Im Unterschied zum Recht sei die Moral durch einen Interpretations- und Verhaltensspielraum gekennzeichnet, der von den Akteuren durch ihre Urteilskraft ausgefüllt werden müsse, weswegen die Tugendlehre, wie Kant schreibt, »in eine Kasuistik« gerät, »von welcher die Rechtslehre nichts weiß«.

Moralische Fragen seien deshalb immer strittige Fragen. Sie haben, nach Kersting, ihr normatives Fundament in persönlichen Gründen und lebensweltlichen Überzeugungen. Liberale Gesellschaften seien darum durch fortwährende Schlichtungsprozesse gekennzeichnet. Ihr Metier bestehe nicht in der Auflösung, sondern dem Austragen von Konflikten. Liberal sei, wer den Umgang mit Ungewissheit beherrsche. Kersting war ähnlich wie Michael Oakeshott, John Gray und Friedrich A. von Hayek Kritiker rationalistischer Handlungstheorien und Vorstellungen sozialer Perfektibilität. Menschen seien unvollkommene Wesen, sie verfügten nur über begrenztes Wissen und unterlägen in ihren Entscheidungen situativen Einflüssen. In den Bänden *Klugheit* (2005) und *Kritik der Lebenskunst* (2007) hat Kersting deshalb die prudentielle Vernunft gegen den szientistischen Rationalismus verteidigt und zugleich die existenzielle Utopie, sein Leben wie ein Kunstwerk gestalten zu können, in ihre Schranken gewiesen.

Markt, Kapital und Moral

Ab Mitte der 2000er Jahre hat Kersting sich zunehmend mit ökonomischen Fragen und der Rolle des Marktes auseinandergesetzt, was 2008 unter seiner Leitung zur Gründung des »Kieler Forums für politische Philosophie und Wirtschaftsethik« geführt hat. Die wesentliche Funktion des Marktes bestehe nach Kersting darin, den freien Tausch von Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen. Der Markt kenne keine Unterschiede zwischen den Menschen, steigere durch Wettbewerb den Wohlstand und sorge für Innovationen.

Der Markt sei jedoch nur dann ein effizientes und faires Verteilungssystem, wenn er durch Regeln im Zaum gehalten werde. In *Gerechtigkeit und öffentliche Vernunft* (2006) hat Kersting deutlich gemacht, dass der ökonomische Liberalismus, der die Vorzüge des Kapitalismus in Gestalt von Freiheitsgewinnen, Wohlstand und Lebensqualität preist, durch den politischen Liberalismus diszipliniert werden müsse. Rechtsstaat und Demokratie sorgten dafür, dass Freihandel und Gewinnstreben in geordneten Bahnen verlaufen würden. Marktwirtschaft ohne staatliche Regeln, ohne Normenaufsicht und Beteiligung der Öffentlichkeit ist nach Meinung von Kersting genauso wenig möglich wie umgekehrt eine liberale Gesellschaft ohne wirtschaftliche Freiheit und sozialer Wohlstand ohne Privateigentum.

Kersting steht mit seiner Verbindung von Markt und Staat in der Tradition des Ordoliberalismus, der die Kräfte der Wirtschaft durch politische Spielregeln in sozialverträgliche Bahnen lenken will. Das unterscheidet seine Position vom Neoliberalismus, der auf das freie Spiel


der Marktkräfte setzt. In dem Band *Moral und Kapital* (2008) hat er gezeigt, dass die sozialen und ökologischen Schäden, die der Kapitalismus erzeugt, nicht allein mit ökonomischen Mitteln ausgeglichen werden können. Denn die ökonomische Rationalität sei von Natur aus moralisch blind und rechtlich taub. Die Finanzkrise von 2008 habe deutlich gemacht, dass staatliche Aufsichtsmechanismen und gesetzliche Regelungen für eine wohlgeordnete Wirtschaft nicht ausreichen. Die Ordnung der Wirtschaft setze ein liberales Freiheitsverständnis voraus, das auf dem Zusammenspiel aus aufgeklärtem Eigeninteresse, sozialen Tugenden und demokratischer Partizipation beruhe.

Liberalismus *sans phrase*

Eines seiner letzten Bücher heißt *Verteidigung des Liberalismus* (2009). Der Titel bringt die Philosophie von Wolfgang Kersting auf den Punkt. Sie beruht im Kern auf einer Freiheitsidee, die ihren Grund im Ethos der Eigenverantwortung, den Leistungen des Marktes und der Notwendigkeit gesellschaftlicher Selbstorganisation hat. Der »Liberalismus *sans phrase*«, wie Kersting ihn nannte, brauche Menschen, die ein »Leben mit Eigenbeteiligung« ohne staatliche Aufsicht führen könnten. Für seine *Verteidigung des Liberalismus* hat Kersting 2010 den Bayerischen Buchpreis und 2012 den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung erhalten. Nach seiner Emeritierung folgten die Bücher *Wie gerecht ist der Markt? Ethische Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft* (2012) und *Vertragstheorien. Kontraktualistische Theorien in der Politikwissenschaft* (2016), mit denen Kersting noch einmal an seine früheren Publikationen zur Moral des Kapitalismus und zum Kontraktualismus anknüpfte.

Wolfgang Kersting, der am 5. Februar 2025 gestorben ist, hat ohne Zweifel zur Renaissance der politischen Philosophie in Deutschland beigetragen, indem er in originärer Manier eine Brücke von der Kantischen Moralphilosophie über die Gerechtigkeitstheorie von Rawls zur Freiheitsphilosophie von Hayek schlug. Er war ein streitbarer Geist, der in brillanten Essays und Rezensionen, die zum größten Teil in der FAZ erschienen sind, für die Erneuerung eines ›liberalen Liberalismus‹ eintrat, der – um eines seiner Lieblingswörter zu verwenden – in »wirklichkeitsangemessener« Weise das Streben nach Freiheit mit dem Sinn für Verantwortung verbindet.

Autor

Prof. Dr. Ludger Heidbrink 

Lehrstuhl für Praktische Philosophie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

 **Open Access** // Der Artikel ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Werks von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.